

## Meinungen

## Freundin des Publikums

Einst punktete Mascha Santschi als Zweite. Bald ist sie UBI-Präsidentin und damit erste Anwältin des Radio- und TV-Publikums.

Claudia Blumer

Wenn eine Miss Schweiz gekürt wird, dann wird eine andere Zweite. Diese versucht in der Regel, Haltung zu bewahren und trotz der Niederlage mitzulächeln. Bei Mascha Santschi war das anders. Sie weinte hemmungslos, als im Herbst 2000 das Krönchen an die Aargauerin Mahara McKay ging. Das Weinen wirkte ehrlich und authentisch, die damals 20-jährige Miss Bern hatte die Sympathie des Publikums sofort auf ihrer Seite. Jobangebote und Werbeaufträge flogen ihr zu, eine Zeitschrift bezeichnete sie als heimliche Miss Schweiz.

Das Publikum ist noch immer eine starke Bezugsgrösse für die mittlerweile 38-jährige Anwältin und promovierte Juristin. Doch ihre Funktion hat sich geändert. Mascha Santschi ist seit zwei Jahren Mitglied der Unabhängigen Beschwerdeinstanz für Radio und Fernsehen (UBI), eines neunköpfigen Spruchkörpers, der darüber wacht, dass publizistische Regeln eingehalten werden. Ab Januar 2019 wird sie Präsidentin des Gremiums, wie der Bundesrat diese Woche mitgeteilt hat. Er wählt die Mitglieder der Behörde, die auf Beschwerde hin aktiv wird.



Mascha Santschis Spezialgebiete sind Medien und Justiz. Foto: PD

Medien und Justiz, darauf fokussierte Mascha Santschi von Anfang an. Gleich nach der tränenreichen Miss-Wahl ging es los mit Redaktionsjobs bei TeleZürli, Radio BeO und beim «Blick», zwischendurch arbeitete sie in der Kanzlei eines Medienanwalts und später als Gerichtsschreiberin sowie als Informationsbeauftragte am Luzerner Obergericht. Medien und Justiz, fand sie später, das müsste man vereinen, das wäre eine Marktlücke. Vor drei Jahren gründete sie mit dem früheren NZZ-Bundeshauskorrespondenten Markus Felber die Firma Santschi & Felber Justizkommunikation. Kunden sind Justizbehörden, Anwälte oder Firmen, die sich im Bereich des Rechts bewegen und Hilfe

bei der Kommunikation brauchen. Es laufe gut, sagen Felber und Santschi.

Und nun also das UBI-Präsidium, ein 25-Prozent-Job, der sich auf fünf ganztägige Sitzungen pro Jahr verteilt, plus Aktenstudium. Als wäre Mascha Santschi auf Jobsuche gewesen. Sie arbeitet fast Vollzeit und betreut daneben ihre beiden kleinen Mädchen. Es komme ihr zugute, dass sie immer viel gearbeitet habe, auch während des Studiums, sagt sie. Sie sei sich das hohe Pensum gewohnt. Ihre Dissertation zum Thema «Externe Kommunikation der Gerichte» hat sie soeben abgeschlossen, damit gibt es Platz für die künftige Aufgabe.

Sie hat sich nicht um das UBI-Präsidium beworben. Aber gefreut hat sie sich schon, als Bundesrätin Doris Leuthard sie in diesem Herbst zum Gespräch bat. Danach schlug Leuthard dem Bundesrat Mascha Santschi zur Wahl vor. Sicher auch in der Hoffnung, dass nun etwas Ruhe einkehren werde in dem Gremium. Der heutige Präsident verabschiedet sich nach nur zwei Jahren, er wurde einer breiten Öffentlichkeit kaum bekannt. Viel bekannter war sein Vorgänger, Medienprofessor Roger Blum. In seine Fussstapfen tritt nun Mascha Santschi.

Tribüne

## Den Flüchtlingen anständig und menschlich begegnen

Die Übernachtungspflicht für Asylsuchende behindert die Integrationsbemühungen.

Daniel Winkler

Die Aufenthalts- und Übernachtungspflicht für Asylsuchende im Kanton Bern ist eine von verschiedenen Verschärfungen im Umgang mit diesen Gruppen. Der Kanton will Geld sparen. Die Betreiber von Unterkünften verrechneten in der Vergangenheit leere Betten, wenn in einem Zentrum domizilierte Asylsuchende auswärts schliefen. Das will der Kanton künftig vermeiden und verspricht sich von der Neuregelung einen sorgfältigeren Umgang mit Steuergeldern. Weshalb aber auf dem Rücken der Asylsuchenden? Könnten die Betreibergesellschaften nicht transparenter abrechnen und Personen mit neuem Domizil melden? Das jetzige Vorgehen gleicht einer Kollektivstrafe: Wegen Absenzen Einzelner wird die gesamte Gruppe behaftet. Der Kontakt zur Zivilgesellschaft wird eingeschränkt, und verwandtschaftliche Besuche werden erschwert. Für Asylsuchende fühlt sich dies an wie ein offener Strafvollzug.

Ob eine Integration gelingt, hängt wesentlich davon ab, dass früh Strukturen aufgebaut werden, um Asylsuchende aus der lähmenden Umgebung des Asylzentrums herauszuholen: niederschwellige Beschäftigungsangebote in der ersten Phase, gut abgestufte Deutschkurse, Angebote durch Freiwilligengruppen. Um Asylzentren herum bilden sich in der Regel rasch zivilgesellschaftliche Engagements, die helfen sollen, den Neankömmlingen etwas Hoffnung zu vermitteln und ihnen den Eintritt in unsere komplexen Gesellschaftsstrukturen zu erleichtern.

Für viele Menschen ist es ein Herzensanliegen, Flüchtlingen anständig und menschlich zu begegnen. In Riggisberg hat sich das frühe Engagement der Zivilgesellschaft zu einem bewährten Modell entwickelt: Für viele Asylsuchende wurden in der ersten Phase rasch gemeinnützige Arbeitsplätze geschaffen (verschiedene Institutionen vor Ort boten dabei Hand), in der zweiten Phase wurden Ausbildungsplätze oder Praktika

eingerrichtet und heute arbeiten manche im ersten Arbeitsmarkt.

Die Aufenthalts- und Übernachtungspflicht in den Zentren kollidiert mit den Bemühungen einer frühen Integration und erschwert das Engagement der Zivilgesellschaft in den Zentren massiv. Und gerade dieses ist ein wichtiger Erfolgsfaktor. Die Asylsozialhilfestellen sind mit der Masse an Dossiers überfordert. Meist haben sie wenig Zeit, um sich mit der Frage der Beschäftigung zu befassen, und auch keine Kenntnisse der Möglichkeiten vor Ort. Welcher Flüchtling hat nicht Arbeit oder ein Praktikum durch einen Job-Coach gefunden, den er durch das zivilgesellschaftliche Engagement kennen gelernt hat?

Wenn für Asylsuchende früh eine Tagesstruktur mit Möglichkeiten der Beschäftigung und des Spracherwerbs geschaffen wird, verbessert das die Chancen auf einen späteren Eintritt in den ersten Arbeitsmarkt überproportional. Wer über längere Zeit ohne Arbeit herumsitzen muss, im Zentrum festsetzt und nichts tun darf, wird motivationslos und antriebslos. Monate- und jahrelange Beschäftigungslosigkeit entwickelt sich für jeden Menschen herkunftsunabhängig zur Hypothek. Das Selbstwertgefühl leidet unter der Untätigkeit, und es gehört zur Würde des Menschen, etwas Sinnvolles zu tun. Wer Flüchtlinge begleitet, erlebt diesen Leidensdruck, wenn sie in Zentren «eingesperrt» sind und keine Perspektive haben.

Die Neuregelung fördert die Ghettoisierung der Asylsuchenden und steigert das Risiko für Konflikte. Das ist für die psychische Entwicklung dieser durch die Herkunftssituation und durch die Flucht häufig traumatisierten Menschen ungünstig. Flüchtlinge sind keine Kriminellen, sondern Menschen, die eine menschenwürdige Behandlung und menschliche Zuwendung verdienen.

Daniel Winkler ist Pfarrer in Riggisberg. Der 51-Jährige setzt sich für Flüchtlinge in seinem Dorf ein.

ANZEIGE

Publireportage

## Gesundheitsvorträge:



Erdstrahlen

Wasseradern

Elektrosmog

Event



Gesund leben.  
Der gesunde Mensch hat viele Wünsche.

Seit vielen Jahrhunderten gibt es nur wenig seriöse Rutengänger, die durch Ihre Arbeit sehr vielen Menschen mit den unterschiedlichsten Krankheitssymptomen nachweislich helfen konnten. Schlafstörungen, rheumatische Beschwerden, Kopfschmerzen, Migräne, Müdigkeit, Bettnässen, Energiemangel,

Magen- und Knochenschmerzen, Verspannungen, Störungen des vegetativen Nervensystems und eine Vielzahl chronisch auftretender Beschwerden, sind nur einige Beispiele, die unter dem Einfluss von Erdstrahlen, Wasseradern und Elektrosmog hervorgerufen werden können.

Im Vortrag von Viktor Heitz-

mann erfahren Sie sehr viel über mögliche Ursachen und wie Sie sich davor schützen können.

Erleben und spüren Sie bei dem Vortrag die unglaublichen Auswirkungen auf die Natur, Pflanzen und auf die Gesundheit des Menschen!

Elektronisch messbar!



Viktor Heitzmann  
Sachverständiger für Radiästhesie  
und Elektro-Geobiologie

Seit über 26 Jahren  
International anerkannter  
Rutengänger und Kinesiologie

SENATOR im

SENAT DER  
WIRTSCHAFT

BioMeda Health & Care  
8835 Schindellegi, Chaltenboden 6 b

Tel. 076 20 80 155  
www.biomed.ch

info@biomed.ch

Bern

Dienstag, 13. November 2018

Kursaal Bern – Kornhausstrasse 3  
Raum Bellavista 2 + 3

Beginn jeweils 10.00 Uhr/15.00 Uhr/19.00 Uhr

Dauer ca. 1,5 Std. –

keine Verkaufsveranstaltung!

Jeder hat nach dem Vortrag die Möglichkeit,  
einen Vermessungstermin zu vereinbaren!

Leserbriefe

Sozialdetektive Eidg.  
Abstimmung,  
div. Artikel im «Bund»

Angriff auf Privatsphäre  
Mit den gut funktionierenden Mitteln und Befugnissen, die im Sozialversicherungsrecht festgeschrieben sind, ist schon heute eine effiziente Betrugsbekämpfung sichergestellt. Mit der geplanten Reform wird nur der Überwachungsstaat ausgebaut. Den Versicherungen sollen mehr Observationskompetenzen zugestanden werden als den staatlichen Strafverfolgungsbehörden. Fast alle von uns werden unter Generalverdacht gestellt, und es wird eine Grundlage geschaffen, die es ermöglicht, dass unsere Privatsphäre jederzeit verletzt werden kann. Dies nicht etwa durch neutrale Polizeiorgane, sondern durch Versicherungen, welche Privatdetektiven Anweisungen zur Überwachung von Personen geben können. Nebst Kameras und Tonaufnahmegeräten, sind auch GPS-Ortungsgaräte erlaubt. Dieser Angriff auf unsere Privatsphäre gehört zurück an den Absender.  
Heinz Thommen, Lengnau

Selbstbestimmung Eidg.  
Abstimmung,  
div. Artikel im «Bund»

Gewaltenteilung ist gefährdet  
Rudolf Strahm weist in seiner Analyse zu Recht darauf hin, dass wir die Selbstbestimmungsinitiative unbedingt ablehnen sollten. In seiner Begründung schreibt er, dass die Schweizerische Bundesverfassung materiell die Grundrechte aus der Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK) abbilde. Das stimmt, hilft aber wegen der fehlenden Verfassungsgerichtsbarkeit nur beschränkt. Der Haken: Unser Bundesgericht muss auch verfassungswidrige, grundrechtsverletzende Gesetze anwenden. Es sei denn, das Bundesgericht kann das Völkerrecht und insbesondere die EMRK anwenden. Die SVP gibt offen zu, dass sie bezweckt, die Gerichte zu schwächen. Die Initiative gefährdet somit die Gewaltenteilung in unserer Demokratie. Zudem ist der Initiativtext voller Widersprüche. Die Konsequenzen für die Exportwirtschaft, den Wissenschaftsstandort und den internationalen Handlungsspielraum der Schweiz sind schwer vorherzusagen.  
Evelyne Schmid, Bern